

---

## Weitere Reaktionen von Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)

Mitglieder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) erklärten wegen des "Sputnik"-Verbots ihren Austritt und forderten Gespräche mit den Funktionären des Verbandes.

Die sowjetische Monatszeitschrift "Sputnik" existierte seit 1967 in der UdSSR und erschien in mehreren Sprachen. Sie sollte das Erscheinungsbild des Landes in sozialistischen Staaten und in westlichen Ländern verbessern und verzichtete deswegen weitgehend auf sozialistische Rhetorik. Mit Beginn von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion informierte "Sputnik" in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auch über die Reformpolitik Gorbatschows und griff frühere Tabuthemen auf, wie die Verbrechen Stalins. In der DDR eröffnete die Zeitschrift ihrer Leserschaft damit eine willkommene Abwechslung in der Medienlandschaft.

Von der SED-Führung wurde sie hingegen zunehmend kritisch betrachtet. Als die November-Ausgabe von 1988 den in der DDR-Geschichtsschreibung geleugneten Hitler-Stalin-Pakt thematisierte sowie die Stalin-hörige KPD der 20er Jahre kritisierte, untersagten SED-Funktionäre am 18. November 1988 den weiteren Vertrieb der Zeitschrift in der DDR. Das Heft wurde eingezogen und eingestampft - mit der Begründung, die Zeitschrift enthalte "keinen Beitrag, der der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dient, statt dessen verzerrende Beiträge zur Geschichte".

Mitglieder der DSF, die Eingaben gegen das "Sputnik"-Verbot eingereicht hatten, wurden zu "Gesprächen" eingeladen. Meist akzeptierten sie die Argumente der DSF-Funktionäre jedoch nicht. Im Volkseigenen Betrieb (VEB) Robotron in Dresden etwa fand ein Forum zur Erläuterung des Sputnik-Verbots statt, das für die Befürworter des Verbots zu einem Desaster geriet.

---

**Signatur:** BArch, MfS, HA XX, Nr. 6321, Bl. 12-14

---

### Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung XX  
Datum: 12.1.1989

Urheber: MfS  
Rechte: BStU

## Weitere Reaktionen von Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)

Hauptabteilung XX/1

Berlin, 12. 01. 1989

gefertigt: 4. Exemplare  
7. ExemplarBStU  
000012

Information  
über weitere Reaktionen von Mitgliedern der Gesellschaft für  
Deutsch-Sowjetischen Freundschaft zur Streichung des "Sputnik"  
von der Postzeitungsliste der DDR

In Ergänzung und Erweiterung der zu dieser Problematik am 16.12.1988 gefertigten Information wurde durch zuverlässige und überprüfte inoffizielle und offizielle Kräfte zur weiteren Entwicklung der Situation in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (GfDSF) erarbeitet, daß bis zum 31. 12. 1988 insgesamt 510 Eingaben an den Präsidenten der GfDSF bzw. an den Zentralvorstand gerichtet wurden. Die 125 direkt an den Präsidenten und die 385 an den Zentralvorstand gerichteten Eingaben wurden von 161 Kollektiven und 349 Einzelpersonen verfaßt. Territoriale Schwerpunkte bilden nach wie vor die Hauptstadt Berlin mit 140 und der Bezirk Dresden mit 143 Eingaben.

Darüber hinaus wurden bis zum 23.12.1988 an die Bezirks- und Kreis-sekretariate der GfDSF 1186 Eingaben gerichtet, wobei gleichgelagerte territoriale Schwerpunkte sichtbar werden, jedoch der Bezirk Karl-Marx-Stadt mit fast 300 Eingaben (zentral nur 19) deutlich vor Dresden (129), Berlin (120) und Magdeburg (154) auffällig ist.

22 Austrittserklärungen aus der DSF wurden per 21. 12. 1988 an den Zentralvorstand übermittelt. Auf Bezirks- und Kreisebene lagen bis zum 23.12. 1988 weitere 2.103 Austrittserklärungen vor, von denen im Ergebnis von Aussprachen 331 wieder zurückgezogen wurden.

Auf der Grundlage der Orientierungen des Zentralvorstandes der GfDSF und unter aktiver Mitwirkung politischer Mitarbeiter des Zentralvorstandes wurden bis zum Jahresende zur Erledigung der Eingaben insgesamt 145 Gespräche in den Bezirks- und Kreisvorständen in fast allen Bezirken der DDR mit Eingabenverfassern geführt, wobei allein mit 56 Gesprächen im Bezirk Dresden, den dort besonders massiv in Erscheinung tretenden ideologischen Problemen offensiv entgegengetreten wurde.

Zu beachten ist jedoch, daß bei den geführten Gesprächen die Argumente und Standpunkte der DSF-Funktionäre nur teilweise oder gar nicht akzeptiert wurden. Hierbei werden im wesentlichen nachstehende Gegenargumente angeführt:

- Die Maßnahmen seien eine politische Entmündigung der DDR-Bürger und stünden im Widerspruch zu der bisher vertretenen Theorie von der hohen politischen, fachlichen und Allgemeinbildung unserer Menschen;



## Weitere Reaktionen von Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)

2

BStU  
000013

- falsche Positionen von UdSSR-Historikern könnten nicht durch Verbote, sondern nur durch wissenschaftliche Polemik geklärt werden;
- die Erklärungen im ND (sowohl der Beitrag der UZ als auch der Leitartikel) hätten die Streichung des "Sputnik" nicht ausreichend begründet;
- es sei eine Illusion zu glauben, durch diese Maßnahmen sowie durch ein übervorsichtiges Herangehen an sowjetische Gegenwartsliteratur, Filme, Kunst und Kultur sich von den Entwicklungsprozessen eines eng befreundeten Landes abschirmen zu können;
- durch derartige Entscheidungen löse man geistige Bewegungen eher aus, als daß man sie damit eindämme;
- die GfDSF müsse sich für die Wiederezulassung des "Sputnik" einsetzen, ansonsten verlöre sie das Vertrauen und die Bereitschaft ihrer Mitglieder zur aktiven Mitwirkung in der Organisation;
- da mit der Streichung des "Sputnik" eine wichtige Informationsquelle für die DDR-Bürger verlorengegangen sei, müßte die Beilage "Für den Funktionär" sowie die gesamte PdSU mehr über die Umgestaltung in der UdSSR berichten.

Zu beachten ist jedoch, daß eine Vielzahl der Eingabenschreiber auf persönlicher Beantwortung ihrer Fragen durch DSF-Funktionäre des Zentralvorstandes oder schriftlicher Stellungnahme beharren.

Am 29. 12. 1988 mußten im VEB "Robotron" Dresden zwei Foren durchgeführt werden, da eine nicht erwartete Beteiligung von Werktätigen erfolgte (160 Personen). Diese Form der Auswertung war gewählt worden, da aus den Grundeinheiten und Arbeitsgruppen dieses Betriebes konzentriert Kollektive und individuelle Eingaben in Verbindung mit 35 Austrittserklärungen vorlagen.

Die unter Teilnahme bzw. Leitung von jeweils einem Instrukteur und einem Mitglied des Zentralvorstandes und dem 1. Sekretär des Bezirksvorstandes durchgeführten Forum verdeutlichten, daß die durch die DSF-Funktionäre dargelegten Argumente, Standpunkte und Fakten bei der Mehrheit der Teilnehmer keine Zustimmung fanden. Fragen und Auffassungen wie sie bereits oben angeführt sind, dominierten ebenfalls auf diesem Forum.

Darüber hinaus wurden massive Forderungen an den Zentralvorstand als gewähltes Organ und Interessenvertreter der DSF-Mitglieder erhoben, gegenüber dem ZK der SED und gegebenenfalls auch gegenüber dem Präsidenten der GfDSF, wenn dieser der Entscheidung zustimmte, Protest zum Verbot des "Sputnik" einzulegen.

Austritte seien erfolgt, da sich der Vorstand nicht als Interessenvertreter der Mitglieder bewährt habe.

Durch die DSF-Funktionäre wurden im Ergebnis dieser Aussprachen im VEB "Robotron" Dresden folgende Einschätzungen zur Situation im Betrieb und Schlußfolgerungen für die weitere ideologische Auseinandersetzung gezogen:

## Weitere Reaktionen von Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)

3  
BStU  
000014

- Das Vertrauen in die Medienpolitik von Partei und Staat ist nicht ausgeprägt. Es wird eine offene Fehlerdiskussion gewünscht.
- Die Streichung des "Sputnik" und die Rücknahmen der Filme vom Spielplan sind oftmals nicht die Hauptursache für die Eingaben und Kritiken, sondern nur der Aufhänger für oppositionelles Verhalten und Anfechten der führenden Rolle der SED.
- Als Wortführer traten besondere Angehörige der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz auf, die kein Argument, welches im Gegensatz zu ihrer Ansicht stand, akzeptierten. Dabei bezeichneten sie sich als Interessenvertreter der gesamten Mitgliedschaft und stellten ultimative Forderungen. Sachliche Argumente wurden z. T. durch Zwischenrufe und Gelächter diskriminiert.
- Anwesende Mitglieder der SED vertraten und verteidigten nicht die Position der Partei.
- Diese gewählte Form, in einem größerem Forum die Eingaben zu klären, hat sich nicht bewährt, da provozierende Kräfte sie als Bühne für die Darlegung ihrer Standpunkte benutzen.
- Der Klärung der aufgetretenen ideologischen Fragen durch die Parteigrundorganisationen ist noch größere Aufmerksamkeit zu widmen. Der Vorstand der DSF-Grundeinheit ist offensichtlich dazu allein nicht in der Lage. Zur Unterstützung der Führung des Gesprächs durch die Vorstandsmitglieder der Grundeinheit wurde am 4. Januar 1989 eine Funktionärskonferenz durchgeführt.
- Der Bezirksvorstand Dresden benötigt angesichts der Vielzahl der Eingaben weiterhin die Unterstützung durch den Zentralvorstand der GfDSF.

Durch den Zentralvorstand sowie die Bezirks- und Kreisvorstände wird der Prozeß der Klärung der Eingaben unter Berücksichtigung der bisher gewonnenen Erkenntnisse fortgesetzt.